



12.3908

**Motion Fehr Jacqueline.
IT-Support
für Parlamentsmitglieder****Motion Fehr Jacqueline.
Assistance informatique
pour les parlementaires**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.13

Antrag der Mehrheit
Ablehnung der Motion*Antrag der Minderheit*
(Graf-Litscher, Fischer Roland, Rossini, Rytz Regula, Tschümperlin)
Annahme der Motion*Proposition de la majorité*
Rejeter la motion*Proposition de la minorité*
(Graf-Litscher, Fischer Roland, Rossini, Rytz Regula, Tschümperlin)
Adopter la motion

Fehr Jacqueline (S, ZH): Vor zwei Wochen war ich im dritten Stock des Bundeshauses bei unseren IT-Fachleuten. Ich hatte ein Problem mit meinem Virenschutz. Die angesprochene Person war freundlich, wie diese Fachleute es ja immer sind. Es war ihr sichtlich unangenehm, als sie mir sagen musste: "Tut mir leid, ich kann es mir höchstens mal rasch anschauen, aber ich darf Ihnen nicht helfen; Sie müssen zu Letec oder zu sonst einem privaten Anbieter gehen." Das ist absurd! Es ist absurd, dass Ratsmitglieder, die nicht das offizielle Gerät benützen, von den IT-Fachleuten nicht einigermaßen adäquat unterstützt werden können.

Absurd ist es auch, dass Mac-User bis heute das neue Angebot der Farbdrucker im Parlament nicht nutzen können, weil es eben noch nicht eingerichtet ist.

Ich gebe zu, dass das nicht der wichtigste Vorstoss für die Schweizer Politik ist, aber vielleicht können Sie ja doch zuhören.

Man greift sich ob solcher Dinge an den Kopf und fragt sich, was das eigentlich soll. Wenig erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch die Stellungnahme des Büros, wohl im Wesentlichen verfasst von den Verantwortlichen des Informatikdienstes. Die Stellungnahme ist auch deshalb etwas seltsam, weil die Motion immerhin von 115 Ratsmitgliedern unterschrieben wurde. In der Stellungnahme des Büros wurde ohne jeden Spielraum vorgerechnet, wie viel ein

AB 2013 N 1708 / BO 2013 N 1708

Support-Rolls-Royce kosten würde. Ich gebe zu, dass die Motion etwas offen formuliert ist. Der Grund liegt aber schlicht und einfach darin, dass ich keine Firmennamen nennen wollte, weder im Titel noch im Text. Sie können aber versichert sein: Die 115 Unterstützerinnen und Unterstützer wollen keinen Rolls-Royce, ein hübscher, kleiner Smart genügt ihnen auch. Wir können auch davon ausgehen, dass der Ständerat die Motion schon noch genauer anschauen und den finanziellen Rahmen so zurückstutzen wird, dass wir alle damit leben können.

Den 115 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Motion geht es nicht um eine superperfekte und teure Lösung; es geht darum, dass wir Wege öffnen, damit Leute, die in diesem Rat nicht das offizielle Gerät nut-





zen, bei den IT-Alltagsproblemen Schritt für Schritt besser unterstützt werden; es geht darum, dass wir Schritt für Schritt zu einem Support kommen, der Basisdienstleistungen für alle ermöglicht. Es ist einfach nicht mehr zeitgemäss, dass wir die Wand zwischen den Systemen aufrechterhalten. Viele von uns arbeiten an verschiedenen Systemen, am Arbeitsplatz vielleicht mit einem PC, im Studium mit einem Mac-Book, privat mit einem i-Pad oder einem Smartphone – oder gar mit allem gemeinsam. Das gibt Schnittstellen und Koordinationsbedarf. Die Informatikdienste reagieren darauf mit einer etwas seltsamen Auswahl – müssen darauf reagieren, ich möchte sie nicht persönlich angreifen, sie müssen das tun -: Support bei gewissen Produkten wie i-Phones und i-Pads, aber bei Mac-Books dann wiederum keinen. Das ist auf die Länge keine Politik.

Der Widerstand gegen meine Motion scheint mir so heftig, dass er mich etwas misstrauisch macht. Ich bitte deshalb auch die Finanzdelegation, sich die Verträge einmal genauer zeigen zu lassen. Ich bin nämlich ob dieses heftigen Widerstands nicht ganz sicher, ob in diesen Verträgen nicht irgendwelche Exklusivklauseln mit Lieferanten stehen, die eben Flexibilität verhindern. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass man sich so heftig gegen etwas so Selbstverständliches wehrt, wie es das Büro jetzt tut.

Ich bitte Sie deshalb, die Motion weiterhin zu unterstützen. Wie gesagt, es ist nicht das wichtigste politische Anliegen, würde aber das Leben in diesem Rat für viele einfacher machen.

Graf-Litscher Edith (S, TG): Ich möchte die Gelegenheit benützen, um dem DINT-Team ein grosses Dankeschön für seinen guten Service auszusprechen, den es uns Parlamentsmitgliedern tagtäglich bietet!

Als Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe "Digitale Nachhaltigkeit", die sich für offene Lösungen sowohl in der Bundesverwaltung als auch bei uns Parlamentsmitgliedern einsetzt, unterstütze ich die vorliegende Motion. Diese wurde, wie von Frau Fehr erwähnt, immerhin von 115 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet. Deshalb müssen wir sie wirklich ernst nehmen. Ich bin schon etwas erstaunt, dass eine Motion, die von mehr als der Hälfte des Nationalrates unterschrieben wurde, im Büro keine Mehrheit gefunden hat.

In seiner Antwort schreibt das Büro, dass bei Annahme der Motion mit einer Vielzahl unterschiedlicher Gerätetypen zu rechnen sei, welche der DINT betreuen müsste. Als ich nachgefragt habe, mit wie vielen Gerätetypen man dann rechnen müsste, erhielt ich die Antwort, dass man das nicht sagen kann. Dagegen konnte man schon ganz klar sagen, dass 2,5 zusätzliche Stellen notwendig wären. Das würde bedeuten, dass für die heute 37 Mitglieder des Parlamentes, die eine Kreditvariante haben, 2,5 neue Stellen geschaffen würden, weil nicht damit zu rechnen ist, dass die Mehrheit der Ratsmitglieder wechseln würde. Das bedeutet, dass eine Person für den DINT-Support von fünf Ratsmitgliedern zuständig wäre. Das erachte ich als relativ luxuriöse Berechnung. Dass man in der Begründung auf so grosse Kosten- und Personalfolgen hinweist, erweckt bei mir den Eindruck, dass man die Umsetzung der Motion verhindern möchte.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Minderheit und der 115 Mitunterzeichnenden, der Motion zuzustimmen.

Büchler Jakob (CE, SG), für das Büro: Die Motion ist sehr breit gefasst. Sie schränkt weder nach Gerätetyp noch nach Betriebssystem ein und verlangt generell die gleiche fachliche Unterstützung.

Die Verwaltungsdelegation hat sich wiederholt mit der Frage befasst, ob gegenüber den Ratsmitgliedern, welche Apple- oder andere Geräte bevorzugen, die gleichen Dienstleistungen erbracht werden müssen wie gegenüber den Ratsmitgliedern, welche sich für die Standardvariante Microsoft Windows entschieden haben. Sie hat am 7. Mai 2010 und im Informatikkonzept der Bundesversammlung am 12. November 2010 die Monoplatform-Strategie auf der Basis von Microsoft Windows bestätigt.

Die Parlamentsdienste leisten heute für Ratsmitglieder, welche die Kreditvariante gewählt haben und damit Nichtstandardgeräte nutzen, einen sogenannten Best-Effort-Support. Ratsmitglieder können sich beim Service Desk melden und erhalten soweit möglich Unterstützung. Kommt der DINT nicht mehr weiter, kann das Ratsmitglied Supportleistungen durch entsprechende externe Spezialisten zulasten seines persönlichen, hierfür vorgesehenen Dienstleistungskredites beziehen.

2012 betrafen zwei Drittel von rund tausend erfassten Problemen und Anfragen Ratsmitglieder mit Standardgeräten und ein Drittel solche mit der Kreditvariante. Heute sind 208 Ratsmitglieder oder 85 Prozent mit der Standardvariante ausgerüstet; 37 haben die Kreditvariante, 1 Ratsmitglied hat nichts gewählt.

Mit der Annahme der Motion wäre mit einer Vielzahl unterschiedlicher Gerätetypen zu rechnen, welche der DINT zu betreuen hätte. Zu beachten ist, dass jeder Gerätetyp spezifisch verstanden, konfiguriert und installiert werden muss. Es werden zudem unterschiedliche Softwareversionen benötigt, welche – auch wenn sie vom selben Hersteller stammen – nicht zwingend identisch sind, oder es gibt die entsprechende Software gar nicht. Aufgrund der Beschlüsse der Verwaltungsdelegation – und zuständig ist nun einmal die Verwaltungsdelegation – vom 30. April 2012 bieten die Parlamentsdienste seit Neuestem mit einer Auswahl zwischen Ultrabook und Tablet-PC einen standardisierten, fortlaufend ergänzten und den aktuellen sowie zukünftigen Anforderungen



gewachsenen Arbeitsplatz an. Die beiden Gerätetypen haben identische Einsatzmöglichkeiten. IT-Spezialisten sind auf dem Arbeitsmarkt seit Jahren äusserst gesuchte Fachkräfte. Es ist sehr schwierig, neue Mitarbeiter zu rekrutieren. Die rasante technische Entwicklung in der IT verlangt laufend überdurchschnittliche Investitionen in die Weiterbildung. Diese wird im Selbststudium, insbesondere aber durch häufiges Problemlösen erlangt. Durch eine grössere Gerätevielfalt verteilen sich die Probleme auf viele verschiedene Geräte, sodass sich die Mitarbeiter nicht genügend Routine aneignen können. Es ist unmöglich, dass sich alle Mitarbeiter auf sämtliche Geräte spezialisieren, da jedes einzelne herstellerabhängiges Fachwissen verlangt. Um das heutige Dienstleistungsniveau halten zu können, wäre ein Ausbau der personellen Ressourcen um mindestens 2,5 Stellen zwingend notwendig. Die zusätzlichen Personalkosten werden auf mindestens 450 000 Franken geschätzt.

Die notwendigen Investitionen für den Aufbau einer einzigen weiteren Plattform werden auf etwa eine halbe Million Franken geschätzt. Dies umfasst zusätzliche Arbeitsstationen im Parlamentsgebäude, Test- und Betriebsinfrastruktur usw.

Die Ausführungen zeigen, dass der in der Motion geforderte, ausgebaute IT-Support umfangreiche Auswirkungen hätte und aus technischen Gründen zum Teil nicht gewährleistet werden könnte. Die notwendigen Mittel und Ressourcen müssten zuerst gesprochen werden. Auch eine weniger weitgreifende Lösung kann realistischweise nicht vor dem nächsten Legislaturwechsel im Jahr 2015 eingeführt werden.

Das Büro des Nationalrates schlägt gestützt auf den Antrag der Verwaltungsdelegation vor, bei der Monoplattform-Strategie zu bleiben und das Dienstleistungsangebot im Moment

AB 2013 N 1709 / BO 2013 N 1709

nicht zu erweitern. Das Büro beantragt, die Motion abzulehnen.

Noser Ruedi (RL, ZH): Herr Büchler, ich kann mir sehr gut vorstellen, dass es schwierig ist, all die verschiedene Hardware zu unterstützen. Wäre es demzufolge nicht langsam an der Zeit, dass die IT-Dienstleistungen uns als hardwareunabhängiger Service zur Verfügung gestellt würden, wie das in vielen anderen Bereichen der Fall ist? Dann wäre die Frage der Hardware komplett erledigt.

Büchler Jakob (CE, SG), für das Büro: Ich wiederhole mich, wenn ich sage: Zuständig ist die Verwaltungsdelegation. Die Planung und die Entwicklung sind rollend, sie sind nicht stillgestanden, und damit sind auch in Zukunft Anpassungen möglich, aber eben nicht in kurzer Zeit, wie es die Motion verlangt. Ich vertrete das Büro und hoffe, dass dessen Antrag dieses Mal unterstützt wird.

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Das Büro des Nationalrates beantragt die Ablehnung der Motion. Eine Minderheit Graf-Litscher beantragt, die Motion anzunehmen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 12.3908/9515)

Für Annahme der Motion ... 60 Stimmen

Dagegen ... 100 Stimmen

(10 Enthaltungen)